

Inhaltsübersicht	Seite
Teil 1: Grundlagen – Besteuerung von Personengesellschaften	31
A. Handelsrechtliche und steuerrechtliche Grundlagen	31
I. Einführung	31
II. Betriebsvermögen der Mitunternehmerschaften	49
III. Übertragung von Wirtschaftsgütern zwischen den Gesellschaftern und der Gesellschaft	83
IV. Bedeutung der Kapitalkonten und Grundzüge der Gewinnverteilung	105
B. Besonderheiten bei der Besteuerung von Personengesellschaften	119
I. Gründung einer Personengesellschaft	119
II. Gesellschafterwechsel bei Personengesellschaften	163
III. Grundzüge der Verlustbehandlung bei beschränkter Haftung gemäß § 15a EStG	199
Teil 2: Besteuerung von Körperschaften	229
Erster Abschnitt:	
Einführung in die Besteuerung von Körperschaften	229
I. Allgemeines	229
II. Steuerpflicht	231
III. Grundlagen der Einkommensermittlung	246
IV. Grundlagen des Anrechnungsverfahrens	287
V. Gliederung des verwendbaren Eigenkapitals	317
VI. Grundzüge der gliederungsmäßigen Behandlung von Verlusten	339
Zweiter Abschnitt: Sonderfragen des Körperschaftsteuerrechts ..	350
A. Besonderheiten des Verlustabzuges	350
I. Rechtslage bis 1993	350
II. Durch das Standortsicherungsgesetz und das Mißbrauchs- bekämpfungs- und Steuerbereinigungsgesetz hergestellte Rechtslage	358

B. Fehlendes verwendbares Eigenkapital	366
I. Allgemeines	366
II. Fälle, in denen es zu fehlendem verwendbarem Eigenkapital kommen kann	368
III. Rechtsfolgen	369
C. Überblick über die körperschaftsteuerliche Organschaft	372
I. Allgemeines	372
II. Organträger und Organgesellschaft	373
III. Eingliederungsvoraussetzungen zur Begründung der Organschaft	374
IV. Gewinnabführungsvertrag	384
V. Ermittlung des zu versteuernden Einkommens	389
VI. Gliederung des verwendbaren Eigenkapitals	399
D. Liquidation einer GmbH	411
I. Handelsrechtliche Grundsätze	411
II. Liquidation einer GmbH im Körperschaftsteuerrecht	421
III. Überblick über die steuerliche Behandlung der Liquidation beim Anteilseigner	431
IV. Beispiele zur Liquidation	436
E. Verdeckte Einlagen	440
I. Allgemeines	440
II. Verdeckte Einlagen	440
III. Gegenstand der verdeckten Einlage	441
IV. Bewertung und steuerliche Behandlung der verdeckten Einlage	443
V. Einzelfälle	443
VI. Beispiele	446
F. Grundzüge der Gesellschafter-Fremdfinanzierung (§ 8a KStG)	449
I. Bisherige Rechtslage	449
II. Neuregelung durch § 8a KStG	450
G. Überblick über den neuen § 8b KStG	468
I. Grundsätzliches	468
II. Wirkungsweise der Neuregelung	468
III. Zeitlicher Anwendungsbereich	471
IV. Einzelheiten der Regelung	472

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	5
Inhaltsübersicht	7
Abkürzungsverzeichnis	27
Literaturhinweise	29
Teil 1:	
Grundlagen – Besteuerung von Personengesellschaften ..	31
A. Handelsrechtliche und steuerrechtliche Grundlagen	31
I. Einführung	31
1. Personengesellschaften im Zivil- und Steuerrecht	31
2. Personengesellschaften und Gemeinschaften	32
2.1. Allgemeines	32
2.2. Personengesellschaften und Gemeinschaften	32
2.3. Verdeckte Gesellschaftsverhältnisse	33
3. Mitunternehmerschaften und Mitunternehmer	33
3.1. Grundsätzliches	33
3.2. Gewerblich geprägte Personengesellschaft	35
3.3. Teilweise gewerblich geprägte Personen- gesellschaft	37
4. Mitunternehmer	39
4.1. Grundsätzliches	39
4.2. In Frage kommende Personen	39
4.3. Mitunternehmerinitiative	41
4.4. Mitunternehmerisiko	42
4.5. Verdeckte Mitunternehmerschaft	42
4.6. Einzelfälle zur Mitunternehmerschaft	43
4.7. Beispiele	45

II. Betriebsvermögen der Mitunternehmerschaften	49
1. Allgemeines	49
2. Gesellschaftsvermögen	50
3. Sonderbetriebsvermögen der Mitunternehmerschaft	53
3.1. Begriff	53
3.2. Notwendiges Sonderbetriebsvermögen	54
3.3. Gewillkürtes Sonderbetriebsvermögen	56
3.4. Vorrang des Sonderbetriebsvermögens	57
4. Steuerbilanz der Personengesellschaft	58
5. Sondervergütungen	59
5.1. Grundsätzliches	59
5.2. Vergütungen für Tätigkeiten im Dienste der Gesellschaft	61
5.3. Vergütungen für die Überlassung von Wirtschaftsgütern	62
5.4. Vergütungen für die Hingabe von Darlehen	62
5.5. Vergütungen, die nicht unter § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG fallen	62
6. Buchmäßige Behandlung	63
7. Beispiele	64
III. Übertragung von Wirtschaftsgütern zwischen den Gesellschaftern und der Gesellschaft	83
1. Allgemeines	83
2. Überführung eines Wirtschaftsgutes aus dem Sonderbetriebsvermögen in das Gesamthandsvermögen und aus dem Gesamthandsvermögen in das Sonderbetriebsvermögen	83
2.1. Verkaufspreis entspricht dem tatsächlichen Wert des Wirtschaftsgutes	83
2.2. Der vereinbarte Kaufpreis liegt über dem Verkehrswert des Wirtschaftsgutes	84
2.3. Der Veräußerungspreis liegt unter dem Teilwert	85
2.4. Übertragung von Wirtschaftsgütern gegen Gewährung bzw. Minderung von Gesellschafts- rechten	87

2.5.	Übertragung gegen Gewährung bzw. Minderung von Gesellschaftsrechten und sonstiges Entgelt .	88
2.6.	Unentgeltliche Übertragung aus einem SBV in das Gesamthandsvermögen und umgekehrt . .	89
3.	Übertragung von Wirtschaftsgütern aus einem SBV in ein anderes SBV	89
3.1.	Allgemeines	89
3.2.	Unentgeltliche Übertragung	90
3.3.	Entgeltliche Veräußerung	90
3.4.	Teilweise unentgeltliche Übertragung eines Wirtschaftsgutes aus einem SBV in ein anderes SBV	90
4.	Übertragung aus dem Gesamthandsvermögen in das Privatvermögen und umgekehrt	92
4.1.	Allgemeines	92
4.2.	Entgeltliche Übertragung	92
4.3.	Unentgeltliche Übertragung	93
4.4.	Übertragung von Wirtschaftsgütern aus dem Gesellschaftsvermögen in das Privatvermögen und umgekehrt gegen Minderung bzw. Gewährung von Gesellschaftsrechten	93
5.	Übertragung von Wirtschaftsgütern aus dem SBV in das PV und umgekehrt	94
6.	Übertragung von Wirtschaftsgütern aus einem anderen Betrieb des Mitunternehmers in das Gesamthandsvermögen und umgekehrt	94
6.1.	Allgemeines	94
6.2.	Entgeltliche Übertragung aus einem BV des Mitunternehmers in das Gesamthandsvermögen und umgekehrt	94
6.3.	Übertragung gegen Gewährung bzw. Minderung von Gesellschaftsrechten	96
6.4.	Übertragung gegen Gewährung bzw. Minderung von Gesellschaftsrechten und sonstiges Entgelt .	96
7.	Übertragung eines Wirtschaftsgutes aus einem Betriebsvermögen in das Sonderbetriebsvermögen desselben Mitunternehmers	96

8. Grundsätzliches zu Ergänzungsbilanzen	97
9. Beispiele	97
IV. Bedeutung der Kapitalkonten und Grundzüge der Gewinnverteilung	105
1. Allgemeines	105
2. Grundzüge der handelsrechtlichen Regelungen	105
3. Vertragliche Regelungen	107
4. Gewinnverteilung	109
4.1. Gesetzliche Regelungen	109
4.2. Vertragliche Gewinnverteilung	110
5. Grundzüge der Gewinnverteilung bei Familienpersonengesellschaften	111
5.1. Allgemeines	111
5.2. Steuerliche Gewinnverteilung	112
6. Beispiele	113
B. Besonderheiten bei der Besteuerung von Personengesellschaften	119
I. Gründung einer Personengesellschaft	119
1. Allgemeines	119
2. Gründungsarten	119
2.1. Bargründung	119
2.2. Sachgründung	120
2.2.1. Allgemeines	120
2.2.2. Einbringung einzelner Wirtschaftsgüter aus dem Privatvermögen	121
2.2.3. Einbringung von Wirtschaftsgütern aus dem Betriebsvermögen	123
2.2.3.1. Allgemeines	123
2.2.3.2. Einbringung zum Buchwert	124
2.2.3.3. Einbringung zum Teilwert	127
2.3. Einbringung eines Betriebes, Teilbetriebes oder Mitunternehmeranteils in eine Personengesellschaft	128
2.3.1. Allgemeines	128

2.3.2.	Voraussetzungen für die Anwendbarkeit des § 24 UmwStG	130
2.3.3.	Grundsätzliche Darstellung der Rechtsfolgen . . .	132
2.3.3.1.	Ertragsteuerliche Folgerungen	132
2.3.3.2.	Umsatzsteuerliche Behandlung	134
2.3.3.3.	Grunderwerbsteuerliche Behandlung	135
2.3.4.	Ansatz mit Buchwerten	136
2.3.5.	Einbringung zum Teilwert	136
2.3.6.	Einbringung zu Zwischenwerten	137
2.3.7.	Beispiel zur Verdeutlichung	138
3.	Beispiele	145
II.	Gesellschafterwechsel bei Personengesellschaften	163
1.	Handelsrechtliche Grundzüge	163
1.1.	Allgemeines	163
1.2.	Eintritt eines Gesellschafters in eine bestehende Personengesellschaft	164
1.2.1.	Aufnahmevertrag	164
1.2.2.	Rechtsfolgen	164
1.3.	Ausscheiden eines Gesellschafters	164
1.3.1.	Allgemeines	164
1.3.2.	Austritt durch Kündigung oder Vereinbarung . .	165
1.3.3.	Ausschließungsklage nach § 140 HGB	165
1.3.4.	Konkurs eines Gesellschafters	166
1.3.5.	Ausscheiden durch Tod des Gesellschafters . . .	166
1.3.5.1.	Grundsätzliche Regelung	166
1.3.5.2.	Fortsetzungsklausel	166
1.3.5.3.	Einfache Nachfolgeklausel	166
1.3.5.4.	Qualifizierte Nachfolgeklausel	167
1.3.5.5.	Eintrittsklausel	167
1.3.5.6.	Wahlrecht nach § 139 HGB	167
2.	Steuerliche Beurteilung	168
2.1.	Gesellschafterwechsel	168
2.1.1.	Grundsätzliches	168
2.1.2.	Kaufpreis entspricht dem Buchwert des Kapitalkontos	168
2.1.3.	Kaufpreis über dem Buchwert des Kapitalkontos	169

2.1.4.	Kaufpreis unter dem Buchwert des Kapitalkontos	171
2.1.5.	Umsatzsteuerliche und grunderwerbsteuerliche Behandlung	171
2.2.	Eintritt eines Gesellschafters in eine bestehende Personengesellschaft	172
2.3.	Ausscheiden eines Gesellschafters	173
2.3.1.	Grundsätzliches	173
2.3.2.	Ausscheiden zum Buchwert des Kapitalkontos	174
2.3.3.	Ausscheiden über Buchwert des Kapitalkontos	174
2.3.3.1.	Behandlung beim ausscheidenden Gesellschafter	174
2.3.3.2.	Behandlung bei den erwerbenden Gesellschaftern	174
2.3.4.	Ausscheiden gegen Abfindung unter Buchwert des Kapitalkontos	177
2.3.5.	Sonderfall: „Lästiger Gesellschafter“	178
2.4.	Erbfolge bei der Beteiligung an einer Personengesellschaft	179
2.4.1.	Allgemeines	179
2.4.2.	Fortsetzungsklausel	179
2.4.3.	Eintrittsklausel	180
2.4.4.	Einfache Nachfolgeklausel	180
2.4.5.	Qualifizierte Nachfolgeklausel	181
3.	Beispiele	182
III.	Grundzüge der Verlustbehandlung bei beschränkter Haftung gemäß § 15a EStG	199
1.	Grundsätzliche Überlegungen	199
1.1.	Handelsrechtliche Ausgangslage	199
1.2.	Steuerliche Situation vor Inkrafttreten des § 15a EStG	200
2.	Grundzüge des § 15a EStG	202
2.1.	Zielsetzung der gesetzlichen Regelung	202
2.2.	Der grundsätzliche Regelungsinhalt des § 15a EStG	203
2.2.1.	Kurzüberblick über die Norm	203

2.2.2.	Grundfall zur Anwendung des § 15a EStG	204
2.2.3.	Noch nicht in voller Höhe erbrachte Kommanditeinlage	205
2.2.3.1.	Grundsätzliches	205
2.2.3.2.	Voraussetzungen	206
2.3.	Problem: Kapitalkonto	208
2.3.1.	Allgemeines	208
2.3.2.	Ältere Auffassung der Finanzverwaltung und weiter Teile des Schrifttums	210
2.3.3.	Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes	211
2.3.3.1.	Urteil des BFH vom 1. 6. 1989 (BStBl 1989 II S. 1018)	211
2.3.3.2.	Urteil des Bundesfinanzhofes vom 14. 5. 1991 (BStBl 1992 II S. 167)	213
2.3.3.3.	Übergangsregelung der Finanzverwaltung	214
2.3.4.	Umfang des Kapitalkontos i. S. von § 15a EStG .	215
2.3.5.	Übersichten über die Kapitalkonten	217
2.4.	Anteil am Verlust der KG	219
3.	Verrechenbarer Verlust nach § 15a Abs. 2 EStG	220
4.	Einlagen- und Haftungsminderung gemäß § 15a Abs. 3 EStG	221
4.1.	Grundsätzliches	221
4.2.	Einlagenminderung	222
4.3.	Haftungsminderung	223
5.	Gesonderte Feststellung des verrechenbaren Verlustes . .	224
6.	Beispiele	224

Teil 2:**Besteuerung von Körperschaften – Sonderfragen 229****Erster Abschnitt:****Einführung in die Besteuerung von Körperschaften 229**

I. Allgemeines 229

II. Steuerpflicht 231

1. Unbeschränkte Steuerpflicht	231
1.1. Allgemeines	231
1.2. Steuersubjekte	231
1.2.1. Kapitalgesellschaften	232
1.2.2. Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	233
1.2.3. Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit	233
1.2.4. Sonstige juristische Personen des privaten Rechts	234
1.2.5. Nichtrechtsfähige Vereine, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen des privaten Rechts	234
1.2.6. Betriebe gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts	235
1.3. Geschäftsleitung oder Sitz im Inland	235
1.4. Ausländische Gesellschaften	236
1.5. Umfang der sachlichen Steuerpflicht	237
2. Beschränkte Steuerpflicht	238
3. Beginn der Steuerpflicht am Beispiel der Kapitalgesellschaften	238
3.1. Allgemeines	238
3.2. Vorgründungsgesellschaft	239
3.3. Vorgesellschaft	241
3.4. Eingetragene GmbH	242
3.5. Bilanzielle Rechtsfolgen	242
4. Ende der Steuerpflicht	243
5. Steuerbefreiungen	243
6. Beispiele	244
III. Grundlagen der Einkommensermittlung	246
1. Grundlagen der Besteuerung	246
2. Einkommen	247
2.1. Allgemeines	247
2.1.1. Überblick über den Inhalt des § 8 KStG	247
2.2. Einkommensermittlung	248
2.3. Sonderregelungen des KStG	250

2.3.1.	Allgemeines	250
2.3.2.	Abziehbare Aufwendungen	250
2.3.3.	Nichtabziehbare Aufwendungen	252
2.3.3.1.	Allgemeines	252
2.3.3.2.	Nichtabziehbare Steuern und Nebenleistungen	253
2.3.3.3.	Nichtabziehbarkeit nach § 10 Nr. 3 KStG	255
2.3.3.4.	Nichtabziehbarkeit der Aufsichtsratsvergütungen etc.	256
3.	Beispiele	257
4.	Verdeckte Gewinnausschüttungen	260
4.1.	Allgemeines	260
4.2.	Begriff der verdeckten Gewinnausschüttung	260
4.2.1.	Allgemeines	260
4.2.2.	Tatbestandsmerkmale im einzelnen	262
4.2.2.1.	Grundsätzliches	262
4.2.2.2.	Gesellschafter oder nahestehende Person	263
4.2.2.3.	Vermögensminderung oder verhinderte Vermögenmehrung	263
4.2.2.4.	Veranlassung durch das Gesellschaftsverhältnis	264
4.2.2.5.	Minderung des Einkommens	264
4.2.2.6.	Kein Zusammenhang mit einer offenen Gewinnausschüttung	265
4.3.	Verdeckte Gewinnausschüttung bei fehlender Vereinbarung und Rückwirkungsverbot	265
4.3.1.	Grundsätzliches	265
4.3.2.	Beherrschender Gesellschafter	265
4.3.3.	Rechtsfolgen	267
4.4.	Steuerliche Folgen	268
4.4.1.	Auf der Ebene der Kapitalgesellschaft	268
4.4.1.1.	Zurechnung zum Einkommen	268
4.4.1.2.	Korrekturen innerhalb der Gewinnermittlung	268
4.4.1.3.	Verdeckte Gewinnausschüttung und Umsatzsteuer	269
4.4.1.4.	Verdeckte Gewinnausschüttung und Grunderwerbsteuer	271
4.4.2.	Behandlung beim Anteilseigner	271
4.4.2.1.	Anteile im Privatvermögen	271

4.4.2.2.	Gesellschaftsanteile im Betriebsvermögen	272
4.4.2.3.	Verdeckte Gewinnausschüttungen als ersparte Aufwendungen	273
4.5.	Rückgewähr verdeckter Gewinnausschüttungen .	274
4.6.	Fallgestaltungen zur verdeckten Gewinnausschüttung	275
4.6.1.	Grundsätzliches	275
4.6.2.	Dienstvertrag des Gesellschafter- Geschäftsführers	275
4.6.3.	Miet- und Pachtverträge	279
4.6.4.	Darlehensgewährungen	281
4.6.5.	Lieferungs- und Werklieferungsverträge	282
5.	Beispiele	284
IV.	Grundlagen des Anrechnungsverfahrens	287
1.	Grundsätzliches	287
2.	Grundlegende Regelungen	288
3.	Die Regelungen im einzelnen	288
3.1.	Allgemeines	288
3.2.	Wirkungsweise des § 27 Abs. 1 KStG	289
3.3.	Berechnungsformeln zur Herstellung der Ausschüttungsbelastung	292
3.4.	KSt-Tarifbelastung	296
3.5.	Veranlagungszeitraum, in dem die Ausschüttungsbelastung herzustellen ist	297
4.	Für die Ausschüttung verwendetes Eigenkapital	299
4.1.	Grundsätzliches	299
4.2.	Verwendung des Eigenkapitals in zeitlicher Hinsicht	300
4.3.	Verwendungsfiktion	302
4.4.	Die Bedeutung des § 28 Abs. 4 und 5 KStG	303
4.5.	KSt-Minderung oder KSt-Erhöhung	305
4.6.	Festschreibung der Verwendung in Vergütungsfällen	306
5.	Beispiele	306
6.	Eigenkapital und verwendbares Eigenkapital	310

6.1.	Grundsätzliches	310
6.2.	Ableitung des Eigenkapitals aus der Steuerbilanz	311
6.3.	Verwendbares Eigenkapital	313
6.4.	Abstimmung des verwendbaren Eigenkapitals ..	314
7.	Beispiele	316
V.	Gliederung des verwendbaren Eigenkapitals	317
1.	Allgemeines	317
2.	Gliederung des verwendbaren Eigenkapitals	318
3.	Veränderungen des verwendbaren Eigenkapitals	321
4.	Umgliederung des EK 56 zum 31. 12. 1994	321
5.	Arbeitsreihenfolge und Verfahrensablauf	323
6.	Beispiele	324
7.	Behandlung der nichtabziehbaren Aufwendungen in der Gliederungsberechnung	328
7.1.	Allgemeines	328
7.2.	Zuordnung der nichtabziehbaren Ausgaben nach Abs. 1	329
7.2.1.	Abzug des KSt-Erhöhungsbetrages	329
7.2.2.	Behandlung der tariflichen Körperschaftsteuer ..	329
7.2.3.	Abzug der ausländischen Steuer	330
7.2.4.	Behandlung der sonstigen nichtabziehbaren Aufwendungen	330
7.3.	Übersteigende sonstige nichtabziehbare Ausgaben	332
8.	Beispiele	333
VI.	Grundzüge der gliederungsmäßigen Behandlung von Verlusten	339
1.	Berücksichtigungsfähiger Verlust	339
2.	Behandlung der Verluste in der Gliederungsberechnung .	340
2.1.	Allgemeines	340
2.2.	Gliederungsmäßige Behandlung des Verlustes im Entstehungsjahr	340

2.3.	Verlustrücktrag in der Gliederungsrechnung . . .	341
2.4.	Verlustvortrag in der Gliederungsrechnung	344
3.	Beispiel	345

Zweiter Abschnitt:

Sonderfragen des Körperschaftsteuerrechts	350
--	-----

A. Besonderheiten des Verlustabzuges	350
---	-----

I. Rechtslage bis 1993	350
1. Überblick über § 10d EStG a. F.	350
2. Regelungsinhalt von § 8 Abs. 5 KStG a. F.	350
2.1. Grundsätzliches	350
2.2. Ausgeschütteter Gewinn	352
2.3. Einkommen im Sinne des § 8 Abs. 5 KStG . . .	353
3. Festschreibung der Verwendung in Rücktragsfällen	353
3.1. Allgemeines	353
3.2. Voraussetzungen	354
3.3. Beispiel zur Verdeutlichung	354
4. Wahlrecht zwischen getrennter und zusammengefaßter Berechnung	356
II. Durch das StandOG und das StMBG hergestellte Rechtslage	358
1. Neuregelung des § 10d EStG	358
2. Wegfall der Begrenzungsregelung des § 8 Abs. 5 KStG .	358
2.1. Zeitlicher Anwendungsbereich	358
2.2. Folgerungen aus der Streichung des § 8 Abs. 5 KStG	359
3. Wegfall der Verwendungsfestschreibung nach § 33 Abs. 3 KStG	360
4. Berechnung des höchstmöglichen Verlustrücktrags	361
5. Praxishinweis zur Berechnung des Verlustrücktrages und zur Anwendung der Schemata	363

B. Fehlendes verwendbares Eigenkapital	366
I. Allgemeines	366
II. Fälle, in denen es zu fehlendem vEK kommen kann	368
1. Offene Gewinnausschüttungen	368
2. Verdeckte Gewinnausschüttungen	369
III. Rechtsfolgen	369
C. Überblick über die körperschaftsteuerliche Organschaft	372
I. Allgemeines	372
II. Organträger und Organgesellschaft	373
1. Organträger	373
2. Organgesellschaft	374
III. Eingliederungsvoraussetzungen zur Begründung der Organschaft	374
1. Allgemeines	374
2. Finanzielle Eingliederung	375
3. Wirtschaftliche Eingliederung	378
4. Organisatorische Eingliederung	378
5. Einzelfälle	380
5.1. Holding	380
5.2. Mehrmütterorganschaft	380
5.3. Betriebsaufspaltung	383
5.4. GmbH & Co. KG	383
IV. Gewinnabführungsvertrag	384
1. Allgemeines	384
2. Handelsrechtliche Regelungen	384
2.1. Bei einer AG oder einer KGaA als Organgesellschaft	384
2.2. Bei anderen Kapitalgesellschaften als Organträger	385
3. Steuerliche Voraussetzungen	385

V. Ermittlung des zu versteuernden Einkommens	389
1. Allgemeines	389
2. Einkommen der Organgesellschaft	389
2.1. Grundsätze	389
2.2. Steuerliche Besonderheiten	390
2.3. Sondervorschrift des § 15 KStG	392
2.4. Ausgleichszahlungen nach § 16 KStG	393
3. Einkommen des Organträgers	394
3.1. Allgemeines	394
3.2. Besonderheiten	395
3.3. Steuerlicher Ausgleichsposten	396
3.3.1. Grundsätzliches	396
3.3.2. Aktiver steuerlicher Ausgleichsposten	396
3.3.2. Passiver steuerlicher Ausgleichsposten	399
VI. Gliederung des verwendbaren Eigenkapitals	399
1. Allgemeines	399
2. Gliederung des vEK beim Organträger	399
2.1. Allgemeines	399
2.2. Gliederung	400
3. Gliederung des vEK der OG	400
3.1. Allgemeines	400
3.2. Bei der OG zu erfassende Vermögens- mehrungen	401
4. Beispiele	402
D. Liquidation einer GmbH	411
I. Handelsrechtliche Grundsätze	411
1. Begriff der Auflösung	411
2. Gesetzliche Auflösungsgründe	411
2.1. Auflösung durch Gesellschafterbeschuß	412
2.2. Auflösung durch Zeitablauf	413
2.3. Auflösungsklage eines Gesellschafters	413
2.4. Auflösung wegen Gefährdung des Gemeinwohls	415
2.5. Eröffnung des Konkursverfahrens	415
2.6. Auflösung durch Verfügung des Registergerichts	415

2.6.1	Abweisung des Konkurs mangels Masse	415
2.6.2.	Mängel des Gesellschaftsvertrages	416
2.6.3.	Auflösung der vermögenslosen GmbH	417
2.7.	Nichtigkeitsklage	418
3.	Auflösungsgründe in der Satzung	418
4.	Abwicklung der GmbH	418
4.1.	Begriff	418
4.2.	Liquidatoren	419
4.3.	Aufgaben und Rechtsstellung der Liquidatoren .	420
4.4.	Durchführung der Liquidation	420
5.	Bekanntmachung und Vermögensverteilung	421
II.	Liquidation einer GmbH im Körperschaftsteuerrecht	421
1.	Grundsätzliches	421
2.	Besteuerungszeitraum	422
3.	Abwicklungsgewinn	424
3.1.	Grundsätzliches	424
3.2.	Abwicklungsendvermögen	424
3.3.	Abwicklungsanfangsvermögen	425
3.4.	Geltung von anderen körperschaftsteuerlichen Vorschriften	426
3.5.	Schematische Darstellung der Ermittlungen des Abwicklungsgewinns	426
4.	Liquidation und Anrechnungsverfahren	427
4.1.	Grundsätzliches	427
4.2.	Gliederung des verwendbaren Eigenkapitals . . .	428
4.3.	Sonderfragen	429
III.	Überblick über die steuerliche Behandlung der Liquidation beim Anteilseigner	431
1.	Grundsätzliches	431
2.	Steuerliche Behandlung in den unterschiedlichen Vermögensarten	432
2.1.	Anteile werden im Betriebsvermögen gehalten .	432
2.2.	Anteile stellen eine wesentliche Beteiligung i. S. des § 17 EStG dar	433

2.3.	Anteile stellen keine wesentliche Beteiligung dar und werden im Privatvermögen gehalten . . .	434
3.	Gestaltungsüberlegungen	434
3.1.	Wesentlich Beteiligte	434
3.2.	Nicht wesentlich beteiligte Anteilseigner	435
3.3.	Beteiligung im Betriebsvermögen	435
IV.	Beispiele zur Liquidation	436
E.	Verdeckte Einlagen	440
I.	Allgemeines	440
II.	Verdeckte Einlagen	440
III.	Gegenstand der verdeckten Einlage	441
IV.	Bewertung und steuerliche Behandlung der verdeckten Einlage	443
V.	Einzelfälle	443
1.	Geschäfts- oder Firmenwert	443
2.	Verzicht des Gesellschafters auf Tätigkeitsvergütungen . .	444
3.	Einlage einer wesentlichen Beteiligung im Sinne des § 17 EStG	445
VI.	Beispiele	446
F.	Grundzüge der Gesellschafter-Fremdfinanzierung (§ 8a KStG) . .	449
I.	Bisherige Rechtslage	449
II.	Neuregelung durch § 8a KStG	450
1.	Grundsätzliches	450
2.	Einzelheiten	452
2.1.	Kapitalgesellschaften	452
2.2.	Nichtanrechnungsberechtigte Anteilseigner	452
2.3.	Wesentlich beteiligter Anteilseigner	454
2.4.	Nahestehende Personen und Dritte	455

2.5.	Fremdkapital	457
2.6.	Anteiliges Eigenkapital des Anteilseigners	457
2.7.	Steuerunschädliches Fremdkapital	459
2.7.1.	Allgemeines	459
2.7.2.	Gewinn- oder umsatzabhängige Vergütungen für Fremdkapital	460
2.7.3.	Vergütungen, die in einem Bruchteil des Fremdkapitals bemessen sind	461
2.7.4.	Vergütungen i. S. von § 8a Abs. 1 Nr. 2 letzter Halbsatz KStG	464
2.8.	Holdingregelung des § 8a Abs. 4 KStG	465
2.9.	Gestaltungsüberlegungen	467
G.	Überblick über den neuen § 8b KStG	468
I.	Grundsätzliches	468
II.	Wirkungsweise der Neuregelung	468
III.	Zeitlicher Anwendungsbereich	471
IV.	Einzelheiten der Regelung	472
1.	Betroffene Körperschaften	472
2.	Begünstigte Bezüge	472
3.	Verbot der ausschüttungsbedingten Teilwertabschreibung	473
4.	Der Regelungsinhalt von § 8b Abs. 2 und 3 KStG	473
4.1.	Überblick	473
4.2.	Einbezogene Körperschaften	473
4.3.	Umfang der Begünstigung	474
4.4.	Umgehungsregelung des § 8b Abs. 3	475
4.5.	Schachtelprivileg bei beschränkter Steuerpflicht	476
4.6.	Einschränkung des § 8b Abs. 6 KStG	476
	Stichwortverzeichnis	477